

Bitte diesen Bogen immer doppelseitig ausdrucken und einsenden. Andernfalls sind die Unterschriften ungültig.



INITIATIVE «EIN LOHN ZUM LEBEN. FÜR EINEN MINDESTLOHN IN DER STADT BIEL»

Die unterzeichnenden Stimmberechtigten der Gemeinde Biel fordern, es sei folgendes Reglement zu erlassen:

Reglement über den städtischen Mindestlohn (Mindestlohnreglement; MiLoR)

Art. 1 Zweck
 1 Der Mindestlohn trägt zur Verbesserung der sozialen Situation der Arbeitnehmenden bei.
 2 Er ermöglicht, dass die Arbeitnehmenden:
 a. ihren Lebensunterhalt in angemessener Weise durch Erwerbsarbeit bestreiten können;
 b. vor Armut trotz Erwerbsarbeit geschützt sind.
 3 Zu diesem Zweck legt das Reglement einen Mindestlohn auf dem Gebiet der Stadt Biel fest.

Art. 2 Sozialpartnerschaft
 1 Der Gemeinderat zieht die Sozialpartnerinnen und Sozialpartner bei seinen Entscheiden zur Umsetzung des Mindestlohnes bei.
 2 Er schafft dazu eine beratende tripartite Kommission, bestehend aus je drei Vertretungen:
 a. der Stadt Biel
 b. der lokalen gewerkschaftlichen Dachverbände
 c. der lokalen Arbeitgebendenverbände
 3 Die tripartite Kommission kann bei Bedarf weitere Vertretungen der Branchenverbände der Arbeitgebenden- und Arbeitnehmendenorganisationen beziehen.

Art. 3 Geltungsbereich
 1 Der Mindestlohn gilt für alle Arbeitnehmenden, welche ihre Arbeit mehrheitlich auf dem Gebiet der Stadt Biel verrichten.
 2 Ausgenommen sind Arbeitnehmende, welche
 a. ein auf maximal zwölf Monate befristetes Praktikum mit Ausbildungscharakter absolvieren;
 b. jünger als achtzehn Jahre sind und während der Ferienzeit ihrer schulischen Hauptbeschäftigung eine Arbeit verrichten;
 c. als Lernende gemäss Bundesgesetz vom 13. Dezember 2002 über die Berufsbildung arbeiten;
 d. gemäss Artikel 4 Absatz 1 des Bundesgesetzes vom 13. März 1964 über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel als Familienmitglieder in Familienbetrieben von den Bestimmungen des Arbeitsgesetzes ausgenommen sind;
 e. den Vorschriften zur Entlohnung des Kantons- und Bundespersonals unterstehen;
 f. an Programmen oder Massnahmen der sozialen und beruflichen Integration teilnehmen, welche unter den Vorgaben der kantonalen Gesetzgebung oder der Gesetzgebung des Bundes durchgeführt werden (IVG, AVIG oder Sozialhilfe).
 3 Der Gemeinderat kann nach Konsultation der tripartiten Kommission weitere Ausnahmen gem. Art. 3 Abs. 2. Lit f. bewilligen.

Art. 4 Höhe des Mindestlohns
 1 Der Mindestlohn beträgt 23.80 Franken pro Stunde brutto.
 2 Der Mindestlohn wird jährlich auf den 1. Januar aufgrund des arithmetischen Mittels zwischen der Jahreststeuerung gemäss dem Landesindex der Konsumentenpreise und der Nominallohnentwicklung angepasst, sofern das Mittel positiv ist. Basis des Indexes ist der Indexstand am 1. Januar 2025.
 3 Unter Lohn ist der massgebende Lohn im Sinne des Gesetzes vom 20. Dezember 1946 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung zu verstehen.
 4 Der in Art. 4 Abs. 1 definierte Mindestlohn kann in 13 Monatslöhnen ausbezahlt werden.
 5 Ferien- und Feiertagsentschädigungen sind zusätzlich geschuldet.

Art. 5 Kontrolle
 1 Die Durchsetzung des Mindestlohns auf dem Gebiet der Stadt Biel obliegt einer vom Gemeinderat bezeichneten Stelle.
 2 Der Gemeinderat kann die Kontrolle mittels einer Leistungsvereinbarung an Dritte übertragen.
 3 Die Kontrollstelle erhält von den zu kontrollierenden Arbeitgebenden und ihren Arbeitnehmenden sowie Personen, die im Auftrag der Arbeitgebenden Aufgaben nach diesem Reglement wahrnehmen
 a. Zutritt zu den Arbeits- und Betriebsräumlichkeiten analog Artikel 45 ArG,
 b. alle für die Kontrolle erforderlichen Unterlagen analog Artikel 46 ArG.
 4 Der Gemeinderat schafft eine niederschwellige Anlaufstelle, bei der Betroffene Verstösse gegen den Mindestlohn melden können.

Art. 6 Feststellung von Verstössen
 1 Stellt die Kontrollstelle Verstösse fest, teilt sie diese den Arbeitgebenden sowie den betroffenen Arbeitnehmenden und der tripartiten Kommission mit.
 2 Die Kontrollstelle fordert die betroffenen Arbeitgebenden zur schriftlichen Stellungnahme innert einer Frist von dreissig Tagen auf.
 3 Die Kontrollstelle zeigt Verstösse gegen dieses Reglement der zuständigen städtischen Behörde an.

Art. 7 Kosten
 1 Die Stadt trägt die Kosten für die Kontrollen.
 2 Die Kosten für die Kontrollen werden den fehlbaren Arbeitgebenden auferlegt, wenn bei Kontrollen Verstösse gegen das vorliegende Reglement festgestellt worden sind.

Art. 8 Berichterstattung
 Die Kontrollstelle erstattet dem Stadtrat, dem Gemeinderat und der tripartiten Kommission jährlich Bericht über die Kontrolltätigkeit.

Art. 9 Bussen
 1 Wer gegen dieses Reglement oder ausführende Verfügungen und Bestimmungen verstösst, wird mit Busse bis zum Höchstmass der kantonalen Gesetzgebung bestraft.
 2 Versuch und Gehilfenschaft sind strafbar.
 3 Juristische Personen, Kollektiv- und Kommanditgesellschaften sowie Inhabende von Einzelfirmen haften solidarisch für Bussen und Kosten, die ihren Organen oder Hilfspersonen auferlegt werden.
 4 Arbeitgebenden, die gegen dieses Reglement verstossen, stehen im Verfahren die gleichen Rechte wie den Beschuldigten zu.

Art. 10 Verwaltungsrechtliche Konsequenzen
 Schwerwiegende oder wiederholte Verstösse gegen dieses Reglement führen zur Anwendung von Artikel 45 IVöB und damit zum Ausschluss von der Teilnahme an öffentliche Vergaben für die Dauer zwischen einem und fünf Jahren.

Art. 11 Ausführungsbestimmungen
 Der Gemeinderat erlässt die für den Vollzug dieses Reglements erforderlichen Bestimmungen in Form einer Verordnung.

Art. 12 Inkraftsetzung
 Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Reglements.

Wer eine Initiative unterzeichnet, hat Name, Vorname, Geburtsjahr und Wohnadresse eigenhändig und leserlich zu schreiben sowie zusätzlich eine eigenhändige Unterschrift beizufügen. Gültig sind nur Unterschriften von Personen, die am Tag der Einreichung der Initiative in städtischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind (Art. 6 Abs. 1). Stimmberechtigte dürfen ein Initiativbegehren nur einmal unterzeichnen (Art. 18 Abs. 3 der Stadtordnung). Wer unbefugt eine Initiative unterzeichnet oder das Ergebnis einer Unterschriftensammlung einer Initiative fälscht, macht sich strafbar (Art. 282 Strafgesetzbuch).

	Name / Vorname	Geburtsdatum	Wohnadresse	PLZ	Unterschrift	Kontrolle (leer lassen)
1.						
2.						
3.						
4.						
5.						
6.						
7.						

Ablauf der Sammelfrist: 1. November 2024

Folgende Mitglieder des Initiativkomitees sind gemäss Art. 18 Abs. 1 Bst. d. Stadtordnung berechtigt, das Initiativbegehren mit einem qualifizierten Mehr von 2/3 zurückzuziehen:

Vinzenz Binggeli, Schneidergässli 10, 2503 Biel. Anne Birk, Freiestrasse 36, 2502 Biel. Pir Chè Celik, Safnernweg 57, 2504 Biel. Lennard End, Grausteinweg 17, 2502 Biel. Ruth Kilezi, Rue de Gottstatt 65, 2504 Bienne. Levin Koller, Neuengasse 20, 2502 Biel. Jonas Mauduit, Grausteinweg 17, 2502 Biel. Marie Moeschler, La Haute-Route 22, 2502 Bienne. Hervé Roquet, Rue des prés 83, 2503 Bienne. Rianne Roshier, Rue de Boujean 33, 2502 Bienne. Stefan Rüber, Emile-Ganguillet-Weg 8, 2503 Biel. Anna Tanner, Schützengasse 28, 2502 Biel. Ruth Tennenbaum, Freiburgstr. 54, 2503 Biel.

Die unterzeichnende Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obestehende ____ (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieser Volksinitiative in Biel stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in Biel ausüben.

Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson (eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft):

Ort / Datum: _____

Amtsstempel:

Bitte diesen Unterschriftenbogen sofort vollständig oder teilweise bis 15. August 2024 ausgefüllt zurückzusenden an:

Unia Biel-Seeland, Murtenstrasse 33, 2501 Biel/Bienne





L'INITIATIVE « UN SALAIRE POUR VIVRE. POUR UN SALAIRE MINIMUM À BIENNE »

Les personnes soussignées, au bénéfice du droit de vote en matière communale à Bienne, demandent d'édicter le règlement suivant :

Règlement sur le salaire minimum communal biennois (Règlement sur le salaire minimum; RSM)

Art. 1 But

- Le salaire minimum a pour but de contribuer à améliorer la situation sociale des personnes salariées.
- Il permet aux travailleuses et travailleurs :
 - de subvenir de manière appropriée à leurs besoins par une activité lucrative ;
 - d'être protégés de la pauvreté malgré une activité lucrative.
- A cet effet, le règlement fixe un salaire minimum sur le territoire de la ville de Bienne.

Art. 2 Partenariat social

- Le Conseil municipal associe les partenaires sociaux à ses décisions concernant la mise en œuvre du salaire minimum.
- Il crée à cet effet une commission consultative tripartite, composée de trois personnes représentantes pour chacune des parties suivantes :
 - la Ville de Bienne ;
 - les associations syndicales faitières locales ;
 - les associations patronales locales.
- La commission tripartite peut, au besoin, faire appel à d'autres personnes représentantes des associations patronales et syndicales spécifiques à un domaine ou secteur d'activité.

Art. 3 Champ d'application

- Le salaire minimum s'applique à tous les travailleurs et travailleuses qui accomplissent la majeure partie de leur travail sur le territoire de la ville de Bienne.
- Sont exclues du champ d'application, les personnes salariées qui :
 - effectuent un stage à caractère de formation limité à douze mois au maximum ;
 - sont âgées de moins de dix-huit ans et effectuent un travail pendant les vacances de leur activité scolaire principale ;
 - travaillent en tant qu'apprentis ou apprenties conformément à la loi fédérale du 13 décembre 2002 sur la formation professionnelle ;
 - sont exemptées des dispositions de la loi sur le travail en tant que membres de la famille dans les entreprises familiales, conformément à l'art. 4, al. 1 de la loi fédérale du 13 mars 1964 sur le travail dans l'industrie, l'artisanat et le commerce ;
 - sont soumises aux prescriptions relatives à la rémunération du personnel cantonal et fédéral;
 - participent à des programmes ou à des mesures d'intégration sociale et professionnelle mis en œuvre sous les directives de la législation cantonale ou de la législation fédérale (LAI, LACI ou aide sociale).
- Le Conseil municipal peut, après consultation de la commission tripartite, accorder d'autres exceptions conformément à l'art. 3, al. 2, let. f.

Art. 4 Montant du salaire minimum

- Le salaire minimum s'élève à 23,80 francs brut de l'heure.
- Le salaire minimum est adapté chaque année au 1^{er} janvier sur la base de la moyenne arithmétique entre le renchérissement annuel selon l'indice suisse des prix à la consommation et l'évolution des salaires nominaux, pour autant que cette moyenne soit positive. La base de l'indice est le niveau de l'indice au 1^{er} janvier 2025.
- Par salaire, on entend le salaire déterminant au sens de la loi du 20 décembre 1946 sur l'assurance-vieillesse et survivants.
- Le salaire minimum défini à l'art. 4, al. 1, peut être versé en 13 mois de salaire.

⁵ Les indemnités de vacances et de jours fériés sont dues en sus.

Art. 5 Contrôle

- L'application du salaire minimum sur le territoire de la ville de Bienne incombe à un organe désigné par le Conseil municipal.
- Le Conseil municipal peut confier le contrôle à des tiers par le biais d'un contrat de prestations.
- L'organe de contrôle reçoit de l'employeur ou l'employeuse à contrôler, de ses employées et employés ainsi que des personnes qui accomplissent des tâches selon le présent règlement sur mandat de l'entreprise :
 - L'accès aux locaux de travail et d'entreprise, conformément à l'art. 45 LTr,
 - tous les documents nécessaires au contrôle, par analogie avec l'art. 46 LTr.
- Le Conseil municipal crée un service d'accueil à bas seuil auprès duquel les personnes concernées peuvent signaler les infractions au salaire minimum.

Art. 6 Constatation d'infractions

- Si l'organe de contrôle constate des infractions, il les communique aux employeurs et employeuses ainsi qu'aux travailleuses et travailleurs concernés et à la commission tripartite.
- L'organe de contrôle invite les employeurs et employeuses concernés à prendre position par écrit dans un délai de trente jours.
- L'organe de contrôle signale les infractions au présent règlement à l'autorité municipale compétente.

Art. 7 Frais

- La Ville prend en charge les frais de contrôle.
- Les frais de contrôle sont mis à la charge des employeurs et employeuses fautifs lorsque des infractions au présent règlement ont été constatées lors de contrôles.

Art. 8 Rapports

L'organe de contrôle établit chaque année un rapport sur son activité de contrôle à l'intention du Conseil de ville, du Conseil municipal et de la commission tripartite.

Art. 9 Amendes

- Quiconque contrevient au présent règlement ou aux décisions et dispositions d'exécution est passible d'une amende pouvant atteindre le montant maximal prévu par la législation cantonale.
- La tentative et la complicité sont punissables.
- Les personnes morales, les sociétés en nom collectif et en commandite ainsi que les propriétaires de raisons individuelles répondent solidairement des amendes et des frais infligés à leurs organes ou à leurs auxiliaires.
- Les employeurs et employeuses contrôlés qui contreviennent au présent règlement ont les mêmes droits que les prévenus dans la procédure.

Art. 10 Conséquences administratives

Les infractions graves ou répétées au présent règlement entraînent l'application de l'art. 45 de la loi fédérale sur les marchés publics et donc l'exclusion de la participation aux marchés publics pour une durée comprise entre un et cinq ans.

Art. 11 Dispositions d'exécution

Le Conseil municipal édicte les dispositions nécessaires à l'exécution du présent règlement sous forme d'ordonnance.

Art. 12 Entrée en vigueur

Le Conseil municipal fixe la date d'entrée en vigueur du présent règlement.



Celui ou celle qui signe une initiative doit apposer de sa main et lisiblement ses nom, prénom, année de naissance, domicile et signature. Seules sont valables les signatures de personnes au bénéfice du droit de vote communal le jour du dépôt de l'initiative (art. 6, al. 1). Le même texte d'initiative ne peut être signé qu'une fois par un ayant droit au vote (art. 18, al. 3, du Règlement de la Ville). Quiconque signe une initiative sans y être dûment autorisé ou falsifie le résultat de la collecte de signatures se rend punissable (art. 282 du Code pénal suisse).

Nom / Prénom	Date de naissance	Adresse exacte	Code postal	Signature	Contrôle (laisser vierge)
1.					
2.					
3.					
4.					
5.					
6.					
7.					

Expiration du délai imparti pour la récolte des signatures : 1^{er} novembre 2024

Les membres suivants du comité d'initiative ont le droit, conformément à l'art. 18, al. 1, let. d, du Règlement de la Ville, de décider à une majorité qualifiée de 2/3 du retrait de l'initiative :

Vinzenz Binggeli, Schneidergässli 10, 2503 Biel. Anne Birk, Freiestrasse 36, 2502 Biel. Pir Chè Celik, Safnernweg 57, 2504 Biel. Lennard End, Grausteinweg 17, 2502 Biel. Ruth Kilezi, Rue de Gottstatt 65, 2504 Bienne. Levin Koller, Neuengasse 20, 2502 Biel. Jonas Mauduit, Grausteinweg 17, 2502 Biel. Marie Moeschler, La Haute-Route 22, 2502 Bienne. Hervé Roquet, Rue des prés 83, 2503 Bienne. Rianne Roshier, Rue de Boujean 33, 2502 Bienne. Stefan Rüber, Emile-Ganguillet-Weg 8, 2503 Biel. Anna Tanner, Schützengasse 28, 2502 Biel. Ruth Tennenbaum, Freiburgstr. 54, 2503 Biel.

Le/La fonctionnaire soussigné/e certifie que les ____ (nombre) signataires de l'initiative populaire dont les noms figurent ci-dessus ont le droit de vote en matière municipale à Bienne et y exercent leurs droits politiques.	Le/La fonctionnaire compétent/e pour l'attestation (signature manuscrite et fonction officielle) :	Sceau : 
Lieu / Date : _____		01. Mai 2024 

Veillez renvoyer cette liste de signatures le plus rapidement possible même si elle n'est pas complète et avant le 15 août 2024 à :

Unia Biel-Seeland, Rue de Morat 33, 2501 Biel/Bienne

